Abend-Ausgabe. Nr. 464. Berlin, Dienstag, den 4. Oktober 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 464. Abend-Ausgabe. Berlin, Dienstag, den 4. Oktober 1892.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Pest, 4. Oktober. (D. B. H.) Minister Szoegyenyi wird in der zweiten Hälfte dieses Monats, spätestens Anfang November, den Botschafterposten in Berlin antreten.

Pest, 4. Oktober. (D. B. H.) Der Gesetzentwurf über die Rezeption wird demnächst dem Parlament unterbreitet. Der Entwurf wird den faktischen Verhältnissen entsprechen und keinen Unterschied zwischen Neologen und Orthodoxen machen. Er spricht lediglich von „Bekennern der israelitischen Religion". Die höchstens vier Paragraphen umfassende Vorlage enthält Normen für den Uebertritt, welche denjenigen der christlichen Konfessionen entsprechen.

Paris, 4. Oktober. (D. B. H.) Renans Begräbniß findet am Freitag statt, die vorherige Todtenfeier im Collège de France. Die Leiche wird vorläufig auf dem Kirchhofe Montmartre beigesetzt; das Begräbniß wird ausschließlich bürgerlich sein. Zahlreiche Abgeordnete fordern ein Begräbniß auf Staatskosten und die sofortige Beisetzung im Pantheon. Der Unterrichtsminister sicherte ein Nationalbegräbniß gleichwie bei Viktor Hugo zu. Mehrere Deputirte werden einen Antrag in der Kammer einbringen auf Beisetzung Renans im Pantheon. Renan sah keinen Priester vor seinem Ableben.

London, 4. Oktober. (H. T. B.) Die Stadt Swansea hat Stanley das Ehrenbürgerrecht verliehen. In dem Schreiben, in welchem Stanley seinen Dank ausspricht, tadelt er die Räumung Ugandas und bemerkt, das Klügste für die Regierung wäre, wenn sie, um die Gesellschaften für die im Interesse der Kolonie gemachten Ausgaben zu entschädigen, Eisenbahnen erbauen ließe. Die Räumung Ugandas würde das Gebiet in den Besitz Frankreichs bringen. Die Nation, welche ihre Hoffnungen auf Lord Rosebery gestellt, sei sehr enttäuscht, daß er die Reihe der Mißgriffe wieder eröffnet, welche den Verlust des Sudans verursachten.

London, 3. Oktober. (W. T. B.) Amtlicher Mittheilung zufolge hat die „British Eastafrica Company" das Anerbieten der Regierung, bis zum 31. März n. J. in Uganda zu bleiben, angenommen.

Rom, 4. Oktober. (W. T. B.) Die Madrider Meldung, daß der Jesuitenpater Martins gestern in Loyla zum Jesuiten-General gewählt worden sei, wird der „Agenzia Stefani" aus vatikanischen Kreisen bestätigt.

Sevilla, 3. Oktober, Nachts. (W. T. B.) Der General-Kapitän von Andalusien, Marin y Gonzales, wurde gestern Abend durch ein Individuum, das unter dem Rufe: „Es lebe die Republik!" in sein Zimmer eingedrungen war, durch einen Revolverschuß an der Schulter leicht verwundet. Man hält den Attentäter für geistesgestört.

Brüssel, 3. Oktober. (W. T. B.) Die Staatsanwaltschaft ließ heute Nachmittag eine Durchsuchung der zu Spielsälen eingerichteten Räumlichkeiten des Theaters zu Namur vornehmen. Die Geldeinsätze und Spielmarken wurden beschlagnahmt.

Washington, 3. Oktober. (W. T. B.) Wie amtlich bekanntgegeben wird, tritt die internationale Münzkonferenz am 22. November d. J. in Brüssel zusammen. 18 Länder haben die Theilnahme an derselben zugesagt.

Reichsregierung und preußisches Staatsministerium.

In der heutigen Morgennummer haben wir der Polemik zwischen der „Nat.-Ztg." und der „Nordd. Allg. Ztg." über die eigenartige Weise, wie die zu erwartende Militärvorlage dem preußischen Staatsministerium zur „Kenntnißnahme" überwiesen worden ist, Raum gegeben. Wenn wir daraus auf ernste Reibungen zwischen dem Reichskanzleramte und dem preußischen Staatsministerium schlossen, so theilt die gesammte Presse diese Anschauung. So erwidert die „Nat.-Ztg." heute auf die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." unter anderem:

„Wir halten für nothwendig, daß bei der Beurtheilung solcher Präsidialanträge das preußische Staatsministerium, bevor eine vollendete Thatsache geschaffen wird, das Gewicht seines Urtheils in die Wagschale wirft, gerade wie jede andere Bundesregierung hierzu berechtigt und stets in der Lage ist; und wir haben dargethan, daß ersteres vermöge der Vereinigung der Würden des deutschen Kaisers und des Königs von Preußen in einer Person nur dann möglich ist, wenn das preußische Staatsministerium dem Könige gegenüber ein Votum über eine wichtige Frage abzugeben vermag, bevor er als deutscher Kaiser seine Zustimmung zu der bezüglichen „Präsidialvorlage" ertheilt hat. In dem offiziösen Artikel wird dies weder bestritten, noch wird — es wäre wohl auch nicht möglich — behauptet, daß das Staatsministerium in der Lage war, ein Votum abzugeben. Und hierauf kommt es bei der weiteren Frage an, ob die wirthschaftlichen Volks- und die finanziellen Staatsinteressen seitens der preußischen Regierung, also für den größeren Theil des Reichsgebietes, ernstlich geltend gemacht werden. Baiern, Württemberg, Sachsen, jeder andere Bundesstaat kann dies für sich formell noch thun, nachdem ein Präsidialantrag im Bundesrath bereits eingebracht worden; sie sind formell vollkommen frei, ihre Vertreter im Bundesrath zu instruiren, für die Annahme, die Abänderung oder die Ablehnung zu stimmen. Die preußischen Stimmen dagegen sind gebunden, sobald der Kaiser den Präsidialantrag genehmigt hat; der König von Preußen kann nicht seine Bundesraths-Bevollmächtigten mit einer Kritik der kaiserlichen Vorlage beauftragen."

Im übrigen betont die „Nat.-Ztg.", daß die früheren Vorgänge, auf welche die „N. A. Z." sich statistisch beruft, nicht beweiskräftig seien, um so weniger, als Fürst Bismarcks Stellung eine ganz andere als die des jetzigen Reichskanzlers gewesen sei. Aehnlich urtheilt die „Voss. Ztg." Graf Caprivi sei, ganz abgesehen von der historisch überragenden Stellung des Fürsten Bismarck, eben nicht zugleich preußischer Minister-Präsident. Er übersehe ferner:

„daß er als Reichskanzler im Bundesrathe keine Stimme hat, sondern daß dort die Staaten ihre Stimmen abgeben, über die preußischen Stimmen aber das Staatsministerium verfügt, dasselbe also auch sachlich mit dem Inhalte der Reichsgesetzentwürfe befaßt werden muß. Fürst Bismarck selbst erklärte am 16. April 1869 im Reichstage: „Die Instruktion des preußischen Bevollmächtigten wird beschlossen im preußischen Ministerium ebenso wie die des sächsischen Bevollmächtigten im sächsischen Ministerium; letztere geht aus von Sr. Majestät dem Könige von Sachsen, und die erstere in letzter Instanz nicht von dem Präsidium des Bundes, sondern von Sr. Majestät dem Könige von Preußen." Verantwortliche Rathgeber des Königs von Preußen aber sind die preußischen Staatsminister, in erster Reihe der Ministerpräsident. Wie nun, wenn das Staatsministerium, das doch nicht lediglich dazu da ist, Entwürfe des Grafen Caprivi „zur Kenntniß zu nehmen" und gehorsam Ja und Amen zu sagen, beschließt, Preußens Stimmen gegen den Entwurf abzugeben? ... Und wenn das formale Recht noch so unzweifelhaft auf Seite des Reichskanzlers wäre, so bliebe es geradezu unverständlich, wie er sich über eine Vorlage, die die Präsenzziffer des Heeres um 90 000 Mann erhöhen und die dauernden Reichsausgaben um 65 Millionen, die einmaligen um 80 Millionen steigern will, nicht mit dem Staatsministerium des größten Einzelstaates rechtzeitig ins Einvernehmen setzte. Daß er dazu keinen Versuch machte, ist ein Beweis für den Mangel an ausreichender Harmonie zwischen der Reichsregierung und der Staatsregierung. Was wir bei der Trennung des Reichskanzleramts vom Minister-Präsidium voraussagten, trifft nur zu schnell ein. „Friktionen" können bei dieser Art von Regierung nicht ausbleiben. Sie treten aber alsbald in überraschend schroffer Form in die Erscheinung. Der Kriegsminister, der kein Reichsbeamter, sondern ein preußischer Beamter ist, setzt sich — wenn die „Nordd. Allgem. Ztg." zuverlässig unterrichtet ist — ohne jedwede Mitwirkung des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten nicht nur mit dem Reichskanzler, sondern auch mit Ministern anderer Einzelstaaten und mit dem Reichsschatzsekretär in amtlichen Verkehr.... In der That, es ist schwer zu glauben, daß sich ein sächsischer oder baierischer Kriegsminister auf solche Verhandlungen eingelassen habe, ohne seine Kollegen im Ministerium um ihre Meinung zu fragen. Der einzelne Minister ist füglich außer Stande, bindende Erklärungen seiner Regierung abzugeben. In Preußen aber sollte der Kriegsminister auf eigene Faust handeln dürfen? Er sollte zu seinem Vorgehen der Zustimmung des Staatsministeriums nicht bedürfen? Das Staatsministerium sollte nicht berufen sein, über die Nothwendigkeit und den Umfang einer Vorlage mitzusprechen, sondern nur von fremden „Beschlüssen" Kenntniß zu nehmen?"

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der ganze Vorgang, wie wir bereits bemerkten, auf Reibungen hindeutet, die sich zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerium angebahnt haben. Als der erstere von seinem Posten als preußischer Ministerpräsident im März d. J. zurücktrat, haben wir der Besorgniß einen Ausdruck gegeben, es könnte diese Trennung unbequeme Friktionen leicht zur Folge haben. Es scheint so, als stünden wir schon jetzt bei dem Anfang solcher Störungen. Ob es gelingen wird, sie bald und gründlich zu beseitigen, muß abgewartet werden.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Artikel „Reichsregierung und preußisches Staatsministerium" der heutigen Morgenausgabe muß es im Schlußsatz heißen: kann der Kundige keinen Augenblick zweifelhaft sein anstatt der „Kreuzzeitung" u. s. w.

Aus Rominten.

Zum Jagdausflug Sr. Maj. des Kaisers schreibt man der „Ostpr. Ztg." aus Theerbude, 2. Oktober: Se. Majestät fährt nach wie vor täglich auf die Jagd, des Abends und auch Morgens. Derselbe erfreut sich des besten Wohlseins und genießt mit sichtbarer Freude die schöne Natur, welche sich in dieser Jahreszeit durch die wechselnde Färbung des Laubes besonders gut darstellt. Das Wetter war abgesehen von einem Regentage für den Naturgenuß besonders günstig, während für den Erfolg der Jagd kalte Nächte günstiger gewesen wären. So ertönte das Schreien der Hirsche meistens nur in der Dunkelheit, anderenfalls pflegen die Hirsche ihren Kampfruf schon früh am Nachmittag und bis in den hellen Morgen hinein auszustoßen, was die Annäherung für den Jäger natürlich erleichtert. Gegenwärtig bedarf es eben der größten Vorsicht, auch anderer glücklicher Umstände, um auf Schußnähe an starke Hirsche heranzukommen, da die Schlauheit und das scheue Wesen im Alter zuzunehmen pflegt. Se. Majestät ist ein so erfahrener Jäger, den gerade diese Schwierigkeit besonders reizt; vorübergehende Mißerfolge haben auch auf seine Stimmung anscheinend keinen Einfluß, wie dieses an seinen leutseligen Mienen und an seinem freundlichen Gruße für jedermann, der das Glück hat, seinem Landesherrn auf dessen Ausfahrten und Spaziergängen zu begegnen, leicht erkennbar ist. Die Kaiserliche Tafelrunde erfährt häufig einen Zuwachs durch ferne Gäste. Sei es, daß der Dienst sie hierher führt sei es, daß der Kaiser selbst Personen seiner Bekanntschaft sein neues eingerichtetes Heim zeigt. So war am Donnerstag der Chef des Marine-Kabinets, Kapitän zur See Frhr. v. Senden-Bibran und der bekannte Schiffs-Ingenieur Ziese aus Elbing anwesend. Von gestern bis heute Nachmittag weilte im Jagdhaus Rominten der deutsche Botschafter in Konstantinopel Fürst Radolin. Auch zur Begehung von kleinen Festlichkeiten hat sich Anlaß gefunden; so wurde am Freitag die Wiederkehr des Tages gefeiert, an welchem vor 20 Jahren Se. Majestät das erste Wild erlegt hatten, aus diesem Anlaß waren sämmtliche Revierverwalter der Rominter Haide zur Tafel befohlen, auf welcher die Bedeutung des Tages durch entsprechenden Schmuck, u. a. verschiedene Nachbildungen des von Sr. Maj. dem Kaiser erlegten Wildes zum Ausdruck gebracht war. An diesem Tage war auch Graf v. Mirbach-Sorquitten Gast Sr. Maj. des Kaisers. Nach der Mittagstafel befahl Se. Maj. der Kaiser den Grafen zu einer längeren Unterredung zu sich.

Am heutigen Tage hatte der hohe Herr die Gnade, den Geburtstag des Forstmeisters Juetz aus Warnen durch eine Festtafel zu ehren, an welcher außer den Revierverwaltern der Regierungs- und Forstrath Ochwadt und der Gendarmerie-Hauptmann v. St. Paul aus Gumbinnen theilnahmen. Des Sonntags wegen unterblieb heute die Ausübung der Jagd. Zahlreiches Publikum war selbst aus weiter Entfernung herbeigeströmt, um den erhabenen Landesvater zu sehen. Der Kaiser trat nur von einem Herrn begleitet, einen Spaziergang in den Wald an, in welchem er sich bereits ganz heimisch zu fühlen scheint. Hoffentlich wird kühleres Wetter eintreten und für die letzteren Tage des Kaiserlichen Jagdlagers noch einige sichtbare Erfolge bringen. Sonnabend wurde in dem Belauf Reiff der Oberförsterei Nassawen auf einen Hirsch geschossen, der aber noch nicht zur Strecke gebracht worden ist.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin**, 4. Oktober. Ueber das leider so früh erfolgte Ableben Sr. D. des Prinzen Heinrich XXIX. Reuß vernehmen wir folgendes Nähere: Der Prinz war mit seinem Schwager Graf v. Witzleben zur Hirschjagd in Putna in der Bukowina. Er erkrankte dort an Diphtheritis, wurde nach Radautz befördert und starb daselbst am 30. September, Morgens 8½ Uhr, trotz aufmerksamster Pflege. Der nun Entschlafene war am 20. Mai 1862 zu Neuhof geboren. In der Armee, der er sich mit Eifer gewidmet, gehörte er anfangs dem 5. Jäger-Bataillon an und kam später hierher zum 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment, wo er als Premier-Lieutenant in derselben Batterie stand, wie einst sein verstorbener Bruder. Von seinem Krankenlager aus meldete der Prinz sich beim Regiment telegraphisch krank, um schon bald darauf seinem Leiden zu erliegen. Die Beisetzung soll, falls die sterbliche Hülle rechtzeitig eintrifft, am Donnerstag, 6. Oktober, in Jänkendorf (Ober-Lausitz) stattfinden.

* **Berlin**, 4. Oktober. Eine der bemerkenswerthesten Titelverleihungen hat der „Reichs-Anzeiger" in seiner Ausgabe von gestern veröffentlicht, nämlich daß dem Dr. phil. Wilhelm Reiß in Charlottenburg der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen worden ist. Dr. Reiß ist der in weiten Kreisen über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Geograph, der wiederholt, zuletzt im Jahre 1891, Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Erdkunde war. Er legte vor einem Jahre den Vorsitz nieder, da er sich entschlossen hat, seinen Wohnsitz außerhalb Berlins zu nehmen.

Dr. W. Reiß hat selbst weite Reisen, namentlich nach Südamerika gemacht und viele literarische Erzeugnisse geben Zeugniß davon ab; von ihm sind erschienen: Carta montanas de Quito, Carta Iliniza, Fundstellen fossiler Knochen in Ecuador, Geschichte vulkanischer Ausbrüche von Santorin, Ausflug nach dem vulkanischen Gebirge von Aegina und Methana 1866 nebst mineralogischen Beiträgen, Alturas en Colombia, das Todtenfeld von Ancon in Peru, Alturas en Ecuador. Dr. Reiß hat sich auch nach anderer Seite um die Geographie verdient gemacht, nicht allein durch seine andauernde Thätigkeit als Vorsitzender der Gesellschaft für Erdkunde und der Afrikanischen Gesellschaft, sondern auch durch anderweitiges Eingreifen mit seiner Person und seinen Mitteln. So hat er dem Hauptmann Kund, als er im Dezember 1889 hülflos von Westafrika zurückkehrte, in seinem eigenen Hause auf längere Zeit hülfreiche Aufnahme gewährt. Alles dies ist in uneigennützigster Weise erfolgt und es ist eine wohlverdiente Anerkennung, die ihm in vorgerücktem Alter zu Theil geworden ist.

Se. Maj. der Kaiser und König hat seinen Jagdaufenthalt in der Rominter Haide beendet und heute von dort aus über Trakehnen mittels Sonderzuges die Rückreise angetreten. Morgen (Mittwoch), 5. d. M., wird der Kaiser Vormittags 8¾ Uhr wieder in Potsdam zurückerwartet, um sich sogleich nach dem Marmorpalais zu begeben. Dort gedenkt Se. Majestät bis zu seiner Abreise nach Weimar zur Theilnahme an den goldenen Hochzeitsfeierlichkeiten des Großherzoglichen Paares zu verbleiben. Ueber die Stunde der Abreise nach Weimar verlautet gegenwärtig noch nichts Näheres. Am 10. Oktober wird der Kaiser jedoch wieder in Potsdam anwesend sein, um am Nachmittag im Neuen Palais die hier eingetroffenen österreichisch-ungarischen Distanz-Reiter zu empfangen, denen zu Ehren dann eine größere Festtafel stattfindet. Hieran soll sich, wie wir vernehmen, ein von sämmtlichen Musikkorps der in Potsdam garnisonirenden Regimenter ausgeführter Zapfenstreich vor dem Neuen Palais anschließen.

— JJ. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin Heinrich gedenken einige Tage zum Besuch in England zu verbleiben und dann an Bord des „Kaiseradler" nach Wilhelmshaven zurückzukehren.

— Se. K. H. der Prinz Alexander, welcher während der letztvergangenen Wochen auf der Villa Jacobs bei Potsdam weilte, traf gestern Nachmittag 4½ Uhr in Berlin ein und reiste bald darauf nach Wien weiter, wo er während der nächsten Zeit zu verbleiben gedenkt. — Von Wien aus begiebt sich der Prinz zum gewohnten Herbstaufenthalte nach Italien.

— Se. Kgl. H. der Fürst Leopold von Hohenzollern wird zum Besuch übermorgen in Berlin, bez. in Potsdam eintreffen und voraussichtlich auch von den Kaiserlichen Majestäten im Marmorpalais empfangen werden.

— S. K. H. der Landgraf Friedrich von Hessen traf am Sonntag früh in Berlin ein und begab sich Mittags zum Besuch nach Potsdam. Von dort kehrte er Nachmittags nach Berlin zurück, um später in strengem Incognito weiterzureisen.

— JJ. KK. HH. der Großfürst und die Großfürstin Wladimir von Rußland werden, dem Vernehmen nach, auf der Reise nach Weimar, wo sie der goldenen Hochzeitsfeier des Großherzoglichen Paares beiwohnen, morgen, bezw. übermorgen früh aus Petersburg auf der Durchreise in Berlin erwartet.

— JJ. HH. der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin haben sich am Sonnabend zum Besuch der Großherzoglich mecklenburgischen Herrschaften von Potsdam aus nach Gelbensande, bez. nach Schwerin in Mecklenburg begeben.

— Frhr. v. Puttkamer, Kgl. preußischer General-Major z. D., ist von Buschgarten hier angekommen und im British-Hotel abgestiegen.

— Der Inspekteur der Infanterie-Schulen, General-Major v. Müller, hat sich nach Marienwerder begeben. — Der Kommandeur des Kadetten-Korps, General-Major v. Amann, hat Berlin auf einige Tage verlassen. — Der Remonte-Inspekteur, Oberst-Lieutenant Hoffmann-Scholz, à la suite des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1, der Major v. Damnitz, à la suite des oldenburgischen Drag.-Regts. Nr. 19 und Präses einer Remonte-Ankaufs-Kommission, sind hier wieder eingetroffen. — Der Oberst-Lieutenant v. Westernhagen, Kommandeur des Landwehr-Bezirks Rostock, ist mit Urlaub hier angekommen, ebenso die Majors Simon, Bataillons-Kommandeur im 3. posenschen Inf.-Regt. Nr. 58, Taubert, Bataillons-Kommandeur im Infanterie-Regiment Nr. 145, Kreß, Bataillons-Kommandeur im Infanterie-Regiment von Manstein (schleswigsches) Nr. 84, und Hederich, Kommandeur der reitenden Abtheilung des Feld-Artillerie-Regiments von Scharnhorst (1. hannoversches) Nr. 10.

— Der Vertreter Sr. Maj. des Königs von Schweden bei den goldenen Hochzeits-Feierlichkeiten in Weimar, General v. Bräkenhjelm, ist in Begleitung seines Adjutanten, des Premier-Lieutenants v. Munck, heute Vormittag aus Stockholm hier eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen. Uebermorgen gedenkt derselbe mit seinem Begleiter nach Weimar weiterzureisen.

— Der russische Wirkliche Staatsrath v. Sack hat gestern Berlin wieder verlassen und seine Rückreise nach Petersburg fortgesetzt. — Auch der Kaiserl. russische Ingenieur-General v. Palitzino hat nach mehrtägigem Aufenthalte seine Reise von Berlin nach dem Süden fortgesetzt.

— Heute feiert in Jannowitz bei Hirschberg der Geheime Regierungsrath Dr. Scheibert seinen 90. Geburtstag. Jahrelang hat er als Provinzialschulrath in Breslau dem höheren Schulwesen Schlesiens vorgestanden, nachdem er vorher als Schöpfer und Leiter der Friedrich-Wilhelms-Schule in Stettin sich große Verdienste als praktischer Schulmann erworben hatte. Stets ist er ein unerschütterlicher Vorkämpfer der konservativen Sache gewesen, festgegründet in der Treue zu seinem himmlischen und irdischen Herrn. Seitdem er vom Amte zurückgetreten ist, lebt er in Jannowitz; trägt auch der Körper des Alters Bürde, so ist doch der Geist noch frisch und rege an allem theilnehmend. Gott möge dem hochverdienten Schulmann den Abend des Lebens ferner licht gestalten.

Die Thronrede des Kaisers Franz Josef.

Die auf die auswärtige Lage bezügliche Stelle der Antwort des Kaisers Franz Josef auf die Ansprachen der beiden Delegationspräsidenten bietet diesmal wenig Anlaß zu Kommentaren und ist so klar gefaßt, daß sich in dieselbe auch nichts hineininterpretiren lassen wird, denn die Thronrede bietet diesmal keinen Raum für einen Versuch, irgend etwas zwischen den Zeilen zu lesen. Sie hat denn auch (wie schon gemeldet) nach unseren Berichten aus Wien und Pest daselbst einen vortrefflichen Eindruck gemacht, weil sie mittelbar eine Befestigung der Friedenszuversicht bekundet. Wenn daher gleich die Thronrede bemerkt, daß die auswärtige Lage sich seit der letzten Session der Delegationen nicht wesentlich verändert habe, so muß doch die Beurtheilung derselben eine günstigere geworden sein. Man braucht nur die vorjährige Thronrede zur Hand zu nehmen, und sie mit der diesjährigen zu vergleichen, um sich hiervon zu überzeugen.

In der vorjährigen Thronrede wurde allerdings auch darauf hingewiesen, daß im vollen Einklange mit den Verbündeten in der Erhaltung des Friedens die sicherste Gewähr für das Glück der Völker erblickt werde, daß die österreichisch-ungarische Regierung dieses Ziel nicht aus dem Auge verliere und daß ihr von allen Kabineten die Versicherungen gleich friedlicher Bestrebungen zugekommen seien. Allein es wurde hinzugefügt, daß dies bisher nicht dazu geführt habe, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen, und zum Troste bemerkt, das Friedensbedürfniß sei ein so allgemeines, daß die Hoffnung auf die endliche Erreichung jenes Zieles nicht ausgeschlossen erscheine. Der Kaiser gab im vorigen Jahre dieser Hoffnung mit der Bemerkung Ausdruck, es möge ihm beschieden sein, den Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben. Alle Welt las denn auch aus der vorjährigen Thronrede heraus, daß Grund zu ernsten Besorgnissen vorhanden sei. In der diesjährigen Thronrede wird aber erklärt, daß die Beziehungen zu den Mächten durchaus freundliche geblieben sind und daß das vertrauensvolle Zusammenstehen mit den Verbündeten fortan seine heilbringende, den Frieden erhaltende Wirkung bewähre. An das Ruhebedürfniß der Völker wird nicht bloß eine Hoffnung geknüpft, sondern es wird erklärt, daß dieses Bedürfniß und die Sorge um das materielle Wohl unverkennbar einen mäßigenden Einfluß auf die internationalen Verhältnisse ausüben.

Aus dieser Gegenüberstellung ergiebt sich, daß die Lage ungleich günstiger aufgefaßt werde.

Kalnokys Rede.

Pest, 3. Oktober. (W. T. B.) Telegramm des „K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus". Budgetausschuß. Der Minister des Auswärtigen Graf Kalnoky erklärte, der Delegirte Eym habe ihm von einer so ausgreifenden Fragestellung vorher keine Kenntniß gegeben, wodurch er ihm zu einer eingehenden Beantwortung Gelegenheit geboten hätte. Er wolle einer Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen nicht ausweichen, er wünsche lediglich, daß die in dieser Beziehung bestehende parlamentarische [illegible] ... wohin es mit den großen Interessen der Monarchie kommen würde, wenn jeder in derselben vertretene Volksstamm den Anspruch erheben wollte, daß die ganze auswärtige Politik und die europäische Stellung der Monarchie ausschließlich von seinem nationalen Standpunkt beurtheilt und davon abhängig gemacht werden sollte. Auch könne er nicht zugeben, daß Eym berechtigt sei, die von ihm ausgesprochene Meinung als ausschließliche Ansicht des tschechischen Volkes hinzustellen. Er selbst sei in einem Kronlande mit tschechischer Bevölkerung zu Hause und habe die Ueberzeugung, daß die extremen Ansichten Eyms dort nicht vorherrschend seien. Unter den Delegirten Böhmens seien in den letzten Jahren auch Jungtschechen gewesen; niemals aber sei von denselben in dem von Eym vertretenen absprechenden Sinne gegenüber der Politik der Regierung Stellung genommen worden. Durch die konsequente Fortführung der von dem Abg. Eym angegriffenen Politik sei es trotz des landesüblichen Pessimismus gelungen, in allen Theilen des Reiches ein berechtigtes Gefühl der Beruhigung hervorzubringen. Nur Beunruhigung, Mißtrauen und Zwietracht könne das Ergebniß sein, wenn in dem Geiste, wie ihn der Abgeordnete Eym bemerke, die heikelsten auswärtigen Angelegenheiten behandelt würden. Er müsse das Auftreten Eyms als ein für die Interessen der Monarchie entschieden schädliches bezeichnen. Was die Fragen Eyms anlange, so sei der Vertrag mit Deutschland ein so offenes, ehrliches Defensivbündniß, daß er anstandslos ganz hätte veröffentlicht werden können. Derselbe enthalte keinerlei geheime Klauseln und er habe solche nicht nöthig. Was den mit Italien abgeschlossenen Vertrag betreffe, so trage dieser in allen seinen Theilen in seiner Wesenheit den gleichen durchaus defensiven Charakter wie der österreichisch-deutsche Vertrag. Die Thatsache, daß derselbe nicht publizirt worden sei, beweise, daß seine Geheimhaltung vereinbart und die einseitige Publikation seitens eines Theilnehmers ausgeschlossen sei. Die Publikation sei auch von keiner Seite in Aussicht genommen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Graf Kalnoky hinsichtlich der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rußland die tendenziöse Insinuation zurück, als ob die zwischen Berlin und Petersburg schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen auch darauf von Einfluß seien. Die so wichtigen Beziehungen zwischen den Höfen von Petersburg und Wien hätten nie aufgehört, vortreffliche zu sein. Die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen seien freundliche und normale und hätten auch in neuerer Zeit keine wie immer geartete Aenderung erfahren. Was die allgemeine Situation anbelange, so sei er in der angenehmen Lage, keine bedeutsame, inzwischen aufgetretene Frage besprechen zu müssen; er könne nicht viel Interessantes vorbringen. Seit dem letzten Zusammentritt der Delegationen sei keine bemerkenswerthe Aenderung und kein Wechsel in der allgemeinen Situation eingetreten. Wohl sei eine Gegensätzlichkeit der Strömungen in dem europäischen Staatensystem vorherrschend, aber in der öffentlichen Meinung habe eine größere Beruhigung Platz gegriffen. Der Minister hob die in dieser Beziehung günstige Einwirkung des Abschlusses der Handelsverträge hervor. Trotz des in letzter Zeit erfolgten mehrfachen wichtigen Wechsels der Kabinetsmitglieder sei es wahrscheinlich, daß derselbe weder in der allgemeinen Lage noch in der Richtung der äußeren Politik der betreffenden Mächte eine Aenderung nach sich ziehen werde. Die Gruppirung der Mächte basire auf tieferen politischen Motiven und dürfte nicht gestört werden. Was Serbien angehe, so wünsche er, daß dasselbe die neue Krise, welche übrigens eine vollkommen interne Frage sei, bald überwinde. In Italien seien neue Männer an die Spitze getreten, ohne daß eine Aenderung in dessen freundschaftlichen und kordialen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn sich geltend gemacht hätte. Auch der Regierungswechsel in England habe auf die auswärtige Politik dieses Reiches, welche auf die Basis der Interessen desselben gestellt sei, keinen Einfluß geübt. Die Lage im Orient sei in neuerer Zeit stabil geblieben, wobei dort in einzelnen kleinen Staaten ein stetes Fortschreiten der Konsolidirung sich zeige. Oesterreich-Ungarn wünsche nicht, sich im Orient festzusetzen oder sich eine privilegirte Stellung zu schaffen, sondern nur, daß jeder der dortigen Volksstämme sich im Geiste und unter dem Schutze der Verträge selbständig entwickele. Resumirend erklärte Graf Kalnoky, die Beziehungen zu allen Mächten seien befriedigende, die Konstellation Europas allgemein eine wachsend friedliche. Zu Besorgniß liege für jetzt keine besondere Veranlassung vor, da alle Mächte sich in der Versicherung begegneten, daß sie den Frieden entschieden wollten und an keine Agressionen dächten. Der Ausschuß beschloß hierauf mit allen gegen eine Stimme, daß in dem Berichte das volle Vertrauen des Ausschusses ausgedrückt werde, mit welchem er die Auseinandersetzungen des Ministers begleitet habe und welches er in die zielbewußte, auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Politik des Ministers setze.

Pest, 4. Oktober. (W. T. B.) Telegramm des K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau. Ausführliche Darstellung des Exposés des Grafen Kalnoky. Graf Kalnoky erklärte, der Vertrag mit Deutschland sei ein offenes, ehrliches Defensivbündniß, das anstandslos in seiner Totalität publizirt werden könnte. Dasselbe enthalte keinerlei geheime Klausel, habe nach seinem Charakter eine solche auch nicht nöthig. Der Vertrag mit Italien sei in allen seinen Theilen und seiner Wesenheit gleich defensiven Charakters. Die Thatsache, daß der Vertrag nicht publizirt sei, beweise, daß die Geheimhaltung vereinbart und daher die einseitige Publikation ausgeschlossen sei, eine solche sei auch von keiner Seite beabsichtigt. Betreffs des Verhältnisses zu Rußland wies der Minister die tendenziöse Insinuation zurück, als ob die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Berlin und Petersburg darauf von Einfluß wären. Die wichtigen Beziehungen zwischen beiden Höfen hätten nie aufgehört, vortreffliche zu sein, die Beziehungen der beiderseitigen Regierungen seien freundschaftliche und normale und hätten in neuerer Zeit keine Aenderung erfahren. Betreffend den Handelsvertrag mit Serbien, so werde von ihm nicht vorausgesetzt, daß derselbe infolge des Wechsels der serbischen Regierung nicht acceptirt werden würde, da er in erster Linie für Serbien selbst nothwendig sei; bisher sei die serbische Regierung mit einem Ansuchen um Verlängerung des Ratifikations-Termins nicht hervorgetreten. Ueber die allgemeine Situation sei nicht viel Interessantes zu sagen, weil nicht viel Neues da sei. In der allgemeinen Situation sei seit der letzten Delegation keine bemerkenswerthe Aenderung eingetreten; noch immer seien in dem europäischen Staatensystem dieselben gegensätzlichen Strömungen vorhanden; aber in der öffentlichen Meinung sei eine große Beruhigung eingetreten. Die Kriegsvorbereitungen würden allseitig und konsequent fortgesetzt. Wie dies im Osten und Westen der Fall, so dauerten sie auch in Zentraleuropa fort, allein man beginne sich an dieses chronische Uebel zu gewöhnen, um so mehr als dies die Regierungen bei der Inangriffnahme großer ökonomischer, auf eine lange Friedensdauer berechneter Aktionen nicht behindere. Unzweifelhaft habe auch der Abschluß der Handelsverträge günstig auf die allgemeine Meinung eingewirkt. Die in mehreren Staaten eingetretenen wichtigen Kabinets- und Personenwechsel würden wahrscheinlich wesentliche Aenderungen der Lage oder der äußeren Politik der betreffenden Macht nicht bewirken, da die Gruppirung der Mächte auf tieferen politischen Motiven und Interessen beruhe. Der letzte Ministerwechsel in Rumänien habe nichts an der Richtung der Politik dieses Landes und an seinen freundlichen Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn geändert. Der letzte Umsturz in Serbien sei unausweichlich gewesen. Im Interesse des Nachbarstaates, für welchen die Stabilität und Entwickelung der inneren Verhältnisse besonders wünschenswerth sei, könne er nur wünschen, daß er die neue Krise bald überwinde. Dies sei jedoch eine rein interne Frage. Die neuen serbischen Minister müßten sehr unaufrichtig sein, wenn sie trotz ihrer entschiedenen Erklärungen andere als freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn anstreben sollten. Auch in Italien seien neue Männer an die Spitze der Regierung getreten, ohne eine Aenderung in den freundschaftlichen und kordialen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn herbeizuführen. Endlich sei in England ein wichtiger Wechsel der Regierungspartei eingetreten; aber auch dort sei die auswärtige Politik auf die Basis der Reichsinteressen gestellt, und in ihren großen Linien und Zielen von den Personen der jeweiligen Regierung allein nicht abhängig. Die letzten Jahre zeigten trotz wiederholter Ministerwechsel eine wohlthuende Kontinuität der auswärtigen Politik Englands. Angesichts der Billigung der Richtung Salisburys in der ganzen öffentlichen Meinung Englands sei kaum anzunehmen, daß die englische Politik in der nächsten Zeit eine wesentliche Aenderung erfahren werde. Die Lage im Orient sei in neuerer Zeit stabil geblieben, indem daselbst in einzelnen kleinen Staaten ein stetes Fortschreiten der Konsolidirung bemerkbar sei. Oesterreich-Ungarn wünsche im Orient keine Festsetzung oder privilegirte Stellung, sondern daß jeder der dortigen Volksstämme im Geiste und unter dem Schutze der Verträge sich selbständig entwickele und volkswirthschaftlich aufschwinge. Dies sei in Rumänien in höherem Grade der Fall. Die Entwickelung Bulgariens schreite sehr rasch und auf einer gesunden Basis fort. Serbien wünsche er in dessen Interesse die Erringung gleicher Erfolge wie seinen beiden Nachbarn. Der Minister resumirt zum Schluß die Beurtheilung der allgemeinen Lage in dem Satze: die Beziehungen zu allen Mächten sind befriedigend, die Konstellation Europas wachsend friedlich, jetzt ist zu Besorgnissen keine besondere Veranlassung, indem die Mächte, obschon sie in den militärischen Vorbereitungen nicht einhalten, sich in der Versicherung begegnen, daß sie den Frieden entschieden wollen und an keine Aggressionen denken.

Pest, 4. Oktober. (W. T. B.) Telegramm des K. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus. Ausführlichere Darstellung des ersten Theiles des Exposés des Grafen Kalnoky. (Verspätet eingetroffen.) Im Eingange seiner Rede wies der Minister darauf hin, wie wenig die ohne die übliche frühere Mittheilung an ihn gestellten Fragen des Abg. Eym über die wichtigsten Angelegenheiten dem allgemeinen parlamentarischen Brauche sowie den loyalen Gepflogenheiten und Traditionen der Delegationen entsprächen. Sodann betont Graf Kalnoky, wie falsch die Behauptung Eyms von der ausschließlichen Behandlung der auswärtigen Politik in halbgeheimen Kommissionen sei, indem einerseits jedermann die freieste Meinungs-Aeußerung im Plenum gestattet sei, wovon auch jedesmal der eingehendste Gebrauch gemacht werde, andererseits die vertrauliche Behandlung gewisser Seiten der auswärtigen Fragen behufs Vermeidung aufreizender Mißverständnisse ganz unerläßlich sei. Eine die Beurtheilung der auswärtigen Politik aus einem rein nationalen Gesichtspunkte, wie der Abgeordnete Eym sie übte, sei in einem Staate mit vielen Völkerstämmen wie Oesterreich unmöglich. Ferner müsse er entschieden die Berechtigung Eyms bestreiten, seine Anschauung als die ausschließliche des tschechischen Volksstammes hinzustellen. Er sei in einem großen Lande mit tschechischer Bevölkerung zu Hause, wo die extremen Ansichten Eyms nicht vorherrschen. Auch in den Delegationen seien seit Jahrzehnten die Tschechen, sogar die Jungtschechen vertreten gewesen, ohne eine so extreme Stellung wie Eym einzunehmen. Pleners Erwiderung stimme er voll zu, er habe bisher das keineswegs auf Einbildung begründete Gefühl, daß seine Politik die Billigung und Unterstützung der Delegationen finden werde, wodurch für die Stellung Oesterreich-Ungarns zu der allgemeinen Lage Europas eine feste Basis gewonnen und in allen Schichten der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit hineingetragen werde. Die Wirkungen von Reden, wie die Eyms, könnten nur unheilvoll sein. Eine detaillirte Beantwortung seiner keineswegs anspruchslosen Wünsche erwarte Eym wohl selbst nicht.